

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Bezugs- oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Merkmalen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeil & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thiens, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 21. Dezember. Der Ausgang der
Brüsseler Münzkonferenz zeigt, wie nötig es die
Bimetallisten hatten, sich mit ihrer Interpellation
im deutschen Reichstage zu besinnen. Am 12. d. M.
sah die bimetallistische Haupt- und Staats-
aktion in Berlin statt fünf Tage später
vertrugte sich die Konferenz in Brüssel, um
aller Veranlassung nach überhaupt nicht wieder
zusammenzutreten. Während im Anfang der
Woche die bimetallistischen Vorkämpfer im Reichs-
tage die Reichsregierung noch beschworen, ihre
Vertreter zur energischen Mitarbeit an der Lö-
sung des Silberproblems anzuweisen, da diese
alsdann sicher gelingen werde, rüsteten sich die
meisten Teilnehmer an der Konferenz bereits zur
Abreise. Sie haben sich in der That lange genug
mit allerlei unklaren und untauglichen Vor-
schlägen aufgehalten, um zu fühlen, daß sie allmählig
in eine höchst unerwünschte und kaum wählige
Position zielloser Diskussionen gerathen waren.
Man hat sich wie üblich viel Mühe gegeben, dem
Beschlusse der Vertagung, der in Wahrheit nichts
Anderes als das rath- und thatlose Auseinander-
gehen der Konferenz bedeutet, ein schickliches
Mantelwort anzuhängen, aber dasselbe ist viel zu
durchsichtig, um nicht das wirkliche Resultat
auf den ersten Blick erkennen zu lassen. Die
Konferenz soll die Zustimmung der beteiligten
Regierungen vorbehalten, am 30. Mai t. J.
wieder zusammenzutreten, inzwischen wünscht man
ein gründliches Studium der Frage, damit man
zu einem Einvernehmen gelangt, welches den
Grundsatzprinzipien der Münzpolitik der verschiede-
nen Länder seinen Eingang thut. Mit anderen
Worten, selbst in diesem nichtsagenden Beschlusse
beinhaltet jeder Staat sich noch ausdrücklich freie
Hand vor, an seiner bisher verfolgten Münzpo-
litiik festzuhalten. Was das weitere Studium der
Währungsfrage anlangt, so verlegt man sich, wenn
es einmal mit den bimetallistischen Bestrebungen
wieder gar nicht mehr weiter geht, regelmäßig
darauf, ein gründliches Studium zu empfehlen.
Das war z. B. auch die Dummheit jenes bime-
tallistischen Antrages, der f. J. im Reichstage
von dem damaligen Finanzminister v. Scholz eine
so starke Zurückweisung erfuhr. Nun giebt es
aber kaum eine wirtschaftspolitische Frage von
internationaler Bedeutung, welche seit zwei Jah-
rezen so eingehend studirt, in Schriften und
Berathungen durchgearbeitet worden ist, wie die
Währungsfrage. Die jüngste Konferenz hatte
eben die Aufgabe, vom Studium zum Proben
zu kommen; sie bescheidet sich am Schlusse ihrer
Arbeiten, auf neue das Studium, zu empfehlen.
Vermehrwert ist übrigens, daß von den
bimetallistischen Delegirten, namentlich den
Amerikanern, nicht etwa die Deutschen und
Österreicher, sondern die Briten für den ergeb-
nisslosen Verlauf der Verhandlungen, zum Theil
mit sehr großer Schärfe, verantwortlich gemacht
worden sind. Und doch hatte gerade die britische
Regierung von vornherein, ehe sie nur ihre Ver-
antwortlichkeit zur Befriedigung der Konferenz aus-
sprach, jede Aenderung an dem britischen Wäh-
rungssystem kategorisch von der Hand gewiesen.
In der neuerdings kundgegebenen Erbitterung
gegen England spricht sich somit die neuerdings
bekannte Erkenntnis aus, daß auch der be-
schwebenste Münzband zur Hebung und Haltung
des Silberpreises ohne Englands Beitritt unumgäh-
lich ist. Falls wider alles Erwarten die jetzt
vertrugte Konferenz noch einmal zusammentreten
sollte, würde man deshalb gut thun, aus dieser
Sachlage die vollen Konsequenzen zu ziehen, und
eine weitere Theilnahme an nutzlosen Verhand-
lungen abzulehnen, wofür nicht wenigstens die Zu-
kunft Englands zu gewissen Abmachungen von
vornherein gewarnt ist.

Ueber die Grundlagen der Steuerreform
berichtet nicht bloß im Abgeordnetenhaus, sondern
sowohl schriftlich, auch in der Bevölkerung in
den wichtigsten Punkten Uebereinstimmung.
Man ist darüber einig, daß im Interesse gerechter
Verteilung der Staats- und der Gemeindefinanzen
der Staat auf die Ertragssteuern zu Gunsten der
Gemeinden verzichten soll. Man ist ebenso dar-
über einig, daß im Anschluß daran durch Neu-
ordnung der gesetzlichen Bestimmungen über die
Gemeindebesteuerung für eine den staatlichen wie
den kommunalen Interessen mehr als bisher ent-
sprechende Gestaltung des Gemeindefinanzenwesens
und insbesondere darauf hinzuwirken ist, die
einseitige Entwicklung derselben in der Richtung
von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer vor-
gebeugt wird. Endlich besteht ferner Ueberein-
stimmung darüber, daß für den durch den Mehr-
ertrag der Einkommensteuer und die Zurück-
ziehung der Ueberversteuerung als der Ver-
dienst gedeckten Einmahnanspruch in Folge Ver-
zichts auf die Ertragssteuern der Staatskasse Er-
satz durch eine Ergänzungsteuer zu verschaffen ist
und daß dies durch eine Vorbesteuerung des fun-
dirteten Einkommens nach Maßgabe seiner im Ver-
hältnis zu dem Arbeitseinkommen höheren Steuer-
fähigkeit zu erfolgen hat.

Streitig ist bloß die Frage, auf welchem
Wege diese Vorbesteuerung des fundirteten Ein-
kommens zu geschehen haben wird, ob nach den
Vorschlägen der Regierung durch eine Steuer
nach dem Maßstabe des Vermögens oder im
Rahmen des Einkommensteuergesetzes vom 24.
Juni 1892. Aus der vorstehenden Darlegung
erhebt unzweifelhaft, daß bei wesentlicher Ueber-
einstimmung in den größeren Zielen nur über
ein vergleichsweise unwichtiges Detail der Aus-
führung Streit herrscht und daß es daher sach-
lich nicht gerechtfertigt sein würde, wegen dieser
Detailfrage dem ganzen Reformplane die Zusam-
mung zu verweigern.

Wenn man aber die beiden allein in Betracht
kommenden Formen der Ergänzungsteuer unter
Zugrundelegung der von der Steuerkommission
gestellten Vorschläge vergleicht, so unterliegt es
wohl keinem Zweifel, daß die Besteuerung nach
dem Vermögen weitaus den Vorzug verdient.

Ihr Ertrag unterliegt ungleich geringeren
Schwankungen als die Besteuerung des fundirteten
Einkommens im Rahmen der Einkommensteuer,
er ist im Voraus am wenigsten einmahnend zu
schätzen. Endlich hält die den Zusammenhang
des Staates und seines Steuerwesens mit den
Objekten des Nationalvermögens anstrebt und ist
somit nichts anderes, als eine den Anforderungen
der Gerechtigkeit entsprechende Fortbildung der
Objekt- (Ertrags-) Steuern.

Ungleich erheblicher als diese Bedenken vom
Standpunkt der Staatsfinanzen sind diejenigen,
welche im Interesse der Steuerzahler und ihrer
gerechten Behandlung gegen die in der Steuer-

kommission vorgelegten Ausarbeitungen über die
Einbeziehung der Ergänzungsteuer in die Ein-
kommensteuer zu erheben sind.

Zunächst bedingt diese eine erhebliche und mit
nicht zu unterschätzendem Schwierigkeiten für den
Steuerpflichtigen verbundene Erweiterung der De-
klarationspflicht für die Einkommensteuer, sowie
die Veranlassung auch solcher Steuerpflichtigen,
welche ein Vermögen von weniger als 6000 M.
besitzen, Ermittlung von der Vermögenssteuer befreit
sind, während sie die größten Vermögen für die
Zeit frei läßt, in welcher dieselben keinen Ertrag
liefern.

Vor Allem aber ist die Ausdehnung des auf
die Arbeitsleistung der Steuerpflichtigen entfal-
lenden Theils der gemischten Einkommen über-
haupt mit annähernder Sicherheit nicht möglich,
wennfalls aber eintrifft die mechanische Ab-
messung eines von 10 bis 40 Prozent von 40,000
Mark Einkommen abwärts fallenden Theiles des
Einkommens auf die Arbeitsleistung der Wirklich-
keit schon um deswillen nur ausnahmsweise, weil
dabei jede Berücksichtigung der individuellen Lei-
stung ausgeschlossen ist, mithin Geschäftstätigkeit,
Kunst und Unternehmungskraft besonders hoch
besteuert wird. Sodann aber liegt in der gleich-
mäßigen Behandlung aller Arten des gemischten
Einkommens eine starke Ueberlastung bescheidenen
aus Handel, Gewerbe und Bergbau, weil dieses
nicht entfernt in dem Maße fundirt ist, wie
andere gemischte Einkommen, bei ihm vielmehr
die Arbeitsleistung des Steuerpflichtigen eine un-
gleich größere Rolle spielt und in diesen Einkom-
men überdies eine starke Mißproportion enthalten
ist. Wird daher die Anwendung der Scala bei
Einkommen dieser Art regelmäßig eine ungerechte
Ueberlastung sowohl für Groß- als für Klein-
betriebe der bezeichneten Art zur Folge haben, so
sitzt hier auch der Vorschlag, den Steuerpflich-
tigen das Recht zu geben, im Wege der Veranlagung
eine höhere Berechnung ihres Arbeitseinkommens
vorzuziehen, wenig, weil dies nur durch De-
klaration des Vermögens erfolgen könnte, gegen
welche gerade aus industriellen und kommerziellen
Kreisen sehr lebhaftes Bedenken erhoben werden.
Diese Erwerbsfrage werden in der That vor die
Frage gestellt, ob sie eine ungerechte Ueber-
lastung stillschweigend sich gefallen lassen oder
ihre Vermögen offen legen wollen, wie bei der
von der Kommission einstimmig verworfenen ob-
ligatorischen Vermögensanzeige. Die Wahl kann
unter diesen Umständen nicht schwer fallen.

Der Vorstand einer Invaliditäts- und
Altersversicherungsanstalt hatte die Frage ange-
regt, ob die von ihm mit den Inhabern von
Markenverkaufsstellen abgeschlossenen Verträge der
Stempelpflicht auf Grund des preussischen Ge-
setzes wegen der Stempelsteuer vom 7. März
1822 unterliegen. Das Reichsversicherungsamt
trat für die Anerkennung der Stempelfreiheit
jener lediglich im öffentlichen Interesse abgeschlos-
senen Verträge ein, bei welchen sowohl für den
Markenverkäufer als auch für die Versicherungs-
anstalt ein finanzieller Vortheil ausgeschlossen sei.
Hierauf hat der preussische Finanzminister erklärt,
daß seinerseits nichts dagegen zu erinnern sei,
wenn zu den Verträgen, welche im öffentlichen
Interesse von den Vorständen der Invaliditäts-
und Altersversicherungsanstalten mit Privatper-
sonen über den Verkauf von Beitragsmarken
abgeschlossen werden, ein Stempel nicht erhoben
werde.

In Gegenwart des Kaiserpaars ist gestern
die Sophienkirche nach vollem Gebrauche wieder
für den gottesdienstlichen Gebrauch geweiht wor-
den. In seiner verkündigen Gestalt macht die
Kirche einen recht freundlichen Eindruck. Für
die Militärbehörde war der Generaloberst von
Pape erschienen, in Vertretung der Zivilbehörden
hatten sich der Vizepräsident des Staatsminis-
teriums von Wittich, der Minister Dr. Hofe
und der Minister des königlichen Hauses von
Wedel eingefunden. Der Oberkirchenrat wurde
durch Prof. v. d. Holtz und Ober-Konfistorial-
rath Döblin, das Konfistorium durch Präsident
Schmid und Konfistorialrath Arnold vertreten.
Die Ministerial-Kaufmission hatte den Ge-
heimen Rath von Wilmsen mit sich, von Mit-
gliedern der städtischen Behörden erschienen Stad-
trath Marggraf, und die Stadtverordneten Zierben
und Prezel in Amstradt. Vor der Feier über-
reichte der Kultusminister dem Superintendenten
Leonhardt den Rosenkranzorden IV. Klasse und
dem Organisten König, Musikdirektor Schulz den
Kronenorden IV. Klasse. Um 11 Uhr schlugen
die Glocken an und von der Gallerie des Thur-
mes herab erkundete von den Trompetern der Garde-
Musikreife gelafenen der Choral „Wach auf, ruft
uns die Stimme“. Kurz darauf erfolgte die An-
kunft des Kaiserpaars, in deren Gefolge sich die
Füßeladjutanten von Keissel und von Hülsen,
Kabinetsrath v. d. Red und Fräulein von Gersdorf
befanden. Der Kaiser trug die Garde-du-Corps-
Uniform mit der Kette des schwarzen Alorordens.
Die Kaiserin trug über der dunkelgrünen Robe
einen kostbaren Pelzmantel und ein Kapuzchen
mit Rosen. Das Herrscherpaar wurde am Thur-
mentral, über das sich ein purpurner Baldachin
wölbte, von den Geistlichen, den Spitzen der Be-
hörden und den Mitgliedern des Kirchenraths em-
pfangen. General-Inspektor Dr. Braun hielt
den Weihel, Superintendent Leonhardt hielt
die erste Predigt. Bei der Abfahrt des Kaiser-
paars wurde von der Gallerie des Thurmes der
Lutherchoral gelafenen.

Das „Marine-Verordnungsblatt“ ver-
öffentlicht nachstehende Allerhöchste Dekrete über
Uniformabzeichen und Kriegsdienstzeit:
Ich bestimme, daß Admirale in der Stellung
Meiner General-Adjutanten und Meine Admirale
à la suite, sowie Seesoffiziere in der Stellung
Meiner Flügel-Adjutanten nachfolgende Abzeichen
anzulegen haben: 1) In den Epauletten unter
dem Auler und auf den Ärmelstücken Meinen
Namenszug mit der Krönkrone und zwar
Admirale in der Stellung von General-Adjutanten
von Gold, Admirale à la suite und Flügel-Adju-
tanten von Silber. 2) Das Abzeichen der Ge-
neral-Adjutanten oder Generale à la suite oder
Flügel-Adjutanten. 3) Der in Meinen persön-
lichen Dienst zu tragende Galrock ist von dun-
kelblauem Tuch mit eckigem, ausgezeichnetem
Steckragen, weißen breit aufgeschlagenen Revers,
weißen Schößtaschenleiten und Kermelplatten mit
den der Charge entsprechenden Rangabzeichen auf
den Ärmeln. Der Steckragen ist von weißem
Tuch mit einer 1 1/2 Zentimeter breiten, goldenen
Tresse und darunter den General-Adjutanten,
bezw. Flügel-Adjutanten-eigen besetzt. Die Ein-
fassung des Saumes des Brustrevers, der Schöß-

taschenleiten, der Sitz und die Zahl der Anker-
knöpfe, die Länge und Futterina des Rocks sind
dieselben, wie bei dem Galrock der See-Offiziere.
Neues Palais, den 21. November 1892. Wilhelm.
An den Reichsfanzler (Reichs-Marineamt).

Ich bestimme: Die von der Schütztruppe
für Deutsch-Ostafrika in der Zeit vom 23. Juni
bis 17. September 1891 gegen die Wabehe und
vom 16. August bis 12. September 1891 gegen
die Mafliti ausgeführten Expeditionen gelten im
Sinne des § 23 des Gesetzes, betreffend die
Pensionirung und Verforgung der Militärver-
wonen des Reichsheeres und der kaiserlichen
Marine, vom 27. Juni 1871, als ein Feldzug,
für welchen den daran betheiligt gewesenen Deut-
schen ein Kriegsalter insoweit zur Anrechnung zu
bringen ist, als dies nicht bereits auf Grund
anderweitiger Bestimmungen für das Jahr 1891
zu erfolgen hat. Neues Palais, den 5. Dezember
1892. Wilhelm. In Vertretung des Reichs-
fanzlers: Hollmann. An den Reichsfanzler
(Reichs-Marineamt).

Der „Post“ zufolge hat der Hofprediger
v. Haje an der Potsdamer Garnisonkirche seinen
Abschied genommen. Der „Reichs-“ bemerkt zu
dieser Meldung: „Wir wissen nicht, ob diese
Angelegenheit schon abgeschlossen ist; Thatsache
ist, daß v. Haje seit der letzten Truppenver-
einigung in Potsdam einen Urlaub auf unbestimmte
Zeit erbeten hat. Zu diesem Akt wurde damals
am Abend vor dem Vereidigungstage telegraphisch
der Divisionspfarrer Rogge in Berlin an Stelle
des Hofpredigers v. Haje, dem ordnungsgemäß
die Predigt zufiel, beordert. Wie man auch über
die Predigtgabe des Herrn v. Haje denken mag,
so wird man es begreiflich finden, daß er nach
dieser Pflanzanweisung Schritte unternahm, die
jeder möglicher Weise seine Entlassung abge-
schlossen haben. Es sind erst wenige Jahre, daß
v. Haje aus Königsberg nach Potsdam in seine
berühmte Stelle berufen wurde.“

In Folge einer vom Vereine deutscher
Ingenieure ausgegangenen Anregung traten am
Montag, den 19. Dezember, zur Berathung einer
großartigen Gedächtnisfeier für Werner von
Siemens zusammen Herr Staatsminister Dr.
Delbrück, für den Verein zur Beförderung des
Gewerbestandes, Herr Kommerzienrath Henneberg,
für den Berliner Bezirksverein deutscher Ingenieure,
Herr Oberkassendirektor Buchholz, für den
Verein der Eisenbahnen, Herr Wirkl. Geh.
Oberregierungsrat Schaffer, für den elektrotech-
nischen Verein, Herr Wirkl. Geh. Admiralitäts-
rath Briz, für den Verein deutscher Maschinen-
ingenieure, Herr Regierungsrath und Bau-
rath Hinkeldey, für den Berliner Architektenverein,
Herr Kaufmann Kerscher, für die Berliner
polytechnische Gesellschaft, Herr Direktor Th.
Peters, für den Verein deutscher Ingenieure.
Die Feler, zu der Einladungen an weite Kreise
ergehen sollen, wird Mitte Januar im großen
Saale der Philharmonie in Berlin stattfinden.

Der Kaiser hat aus Anlaß der Ueber-
reichung des „Zweiten Verwaltungsberichts des
Polizei-Präsidenten in Berlin für die Jahre
1881 bis 1890“ nachstehendes Handschreiben an
den Polizei-Präsidenten Freiherrn von Richthofen
gerichtet:

„Mit lebhaftem Interesse habe ich von dem
mir vorgelegten zweiten Verwaltungsbericht des
Polizei-Präsidenten für die Jahre 1881 bis 1890
Kenntnis genommen. Derselbe gewährt ein an-
schauliches Bild von der Wirksamkeit dieser
Behörde und läßt erkennen, wie die Zunahme der
Bevölkerung und des Verkehrs in den letzten
zehn Jahren die Aufgaben der Polizei vermehrt
und die an die Beamten zu stellenden Anforderun-
gen in allen Zweigen der Verwaltung gesteigert
hat. Daß es gelungen ist, diesen vermehrten
Aufgaben und Anforderungen unter schwierigen
Verhältnissen überall gerecht zu werden, ist mir
ein Beweis für das Pflichtgefühl der dabei be-
theiligten Beamten und giebt mir Veranlassung,
Ihnen und den letzteren von neuem meine Aner-
kennung hiermit auszusprechen.“

Neues Palais, den 21. November 1892.
Wilhelm R.“

Der Wortlaut einer vom Minister der
Unterrichts-Angelegenheiten in Sachen der Post-
fachschulen an die königlichen Regierungen ergan-
genen Verfügung, deren Tenor schon bekannt war,
liegt nunmehr vor:

„Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs
des Reichs-Postamts sind die in neuerer Zeit an
verschiedenen Orten entstandenen sogenannten
Postfachschulen zur Vorbereitung junger Leute für
die Laufbahn als Postbeamte weder erforderlich,
noch nach den gemachten Erfahrungen dazu ge-
eignet, und es hat sich deshalb die Reichs-Postver-
waltung veranlaßt gesehen, durch Veröffentlichung
im „Reichs-Anzeiger“ und in anderen Mit-
teln auf die Unentbehrlichkeit dieser Schulen hinzu-
weisen. Mit Rücksicht hierauf und da die in
Rebe stehenden Schuleinrichtungen zu den Privat-
schulen und Privat-Erziehungsanstalten zählen,
auf die die Staatsministerial-Inspektion vom
31. Dezember 1890 Anwendung findet, beauftrage
ich die königliche Regierung, künftighin die Er-
laubnis zur Errichtung neuer Postfachschulen
innerhalb ihres Verwaltungsbezirks zu verweigern.
Die bereits im vorigen Regierungsberichte be-
stehenden Anstalten der erwähnten Art sind durch
den Departements-Schulrath gelegentlich seiner
biensächlichen Anwesenheit an dem betreffenden
Orte einer eingehenden Revision zu unterziehen,
und ist für das Fortbestehen oder die Schließung
der Schule je nach dem Ausfalle der Revision
seitens der königlichen Regierung zu befinden.
Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.
S. B. v. Webrauch.“

Die Vorbereitungen für die wissenschaft-
lichen Ballonfahrten, für die der Kaiser dem
Deutschen Verein zur Beförderung der Luftschiff-
fahrt 50,000 Mark zur Verfügung gestellt hat,
sind so weit gefördert, daß man im Februar mit den
Experimenten wird beginnen können. Wesentlich
erleichtert ist das Unternehmen durch den Um-
stand, daß es dem Verein gelungen ist, von der
Charlottenburger Gasanstalt einen eigenen Gas-
ometer zu erwerben, der die Aufspeicherung von
1700 Kubilmeter Gas gestattet. Verhandlungen
schwoben zur Zeit noch darüber, ob man sich für
dieses vorbereitete Leuchtgas oder für eine Beimengung
von Wasserstoff entscheiden wird. Die wissen-
schaftlichen Apparate sind theils schon fertig ge-
stellt, theils nähern sie sich der Vollendung, den
Bau des Ballons überwaht Kienemann Groß von
der Militär-Luftschiffabtheilung. Einzelteile sind
außerdem Verhandlungen, die darauf abzielen,
daß auch von München aus unter ähnlichen Be-

dingungen wie hier und gleichzeitig Ballonfahrten
stattfinden. In der Montagsausgabe des Vereins-
syrach Herr von Siegfels über die großartigen
Versuche, die er mit Unterstützung des Ausbaur-
ger Patriziers August Niedinger in den letzten
3 1/2 Jahren angestellt hat zur Lösung des
Problems der Flugmaschinen. Herr von Siegfels
hat für diesen Zweck 250,000 Mark verwen-
den können. Die Versuche erstreckten sich vor
Allem auch auf die Konstruktion von leichten Mo-
toren und es ist Herrn von Siegfels gelungen,
Dampfmaschinen zu konstruiren, die einschließlich
des Kessels, des Kondensators und des Wasser-
vorwahrts nur 7 Kilogramm pro Pferdekraft wie-
gen. Zu den praktischen Versuchen hat er zehn-
perzbige Ventilmotoren benutzt, die mit komprim-
tem Wasserstoff betrieben wurden. Im
Uebrigen bezogen sich die Untersuchungen wesent-
lich auf die Ermittlung der speziellen Eigen-
schaften des Luftwiderstandes von Flächen und
auf die Frage der Erhaltung des Gleichgewichts
der Flugkörper, speziell auch auf die Frage, wie
man die vertikale Bewegung der Flugkörper
durch Steuerung ausbe.

Durch die sozialdemokratische und gesun-
dungsverwandte Presse wird neuerdings wieder
der bekannte Brief gelehrt, welchen der Begrün-
der des Krupp'schen Establishments in Essen, Hei-
nerich auf den König Napoleon III. richtete —
nur mit der kleinen Aenderung, von der Wahr-
heit, daß man das Datum des Briefes um ein
volles Jahrzehnt verspatet und ihm im Jahre 1868
geschrieben sein läßt, während er tatsächlich vom
20. April 1858 stammt und namens der damals
bestehenden Pariser Firma Krupp durch Herrn
Heinrich Daas dem Kaiser der Franzosen zugleich
mit einem Atlas von Zeichnungen überreicht
wurde, wie solche allen mächtigeren Souveränen
Europas seitens der genannten Firma zugehen.
Der nur einmal in der Geschichte der letzten
40 Jahre sich ereignet hat, wird auf den ersten
Blick des ungeheuren Unterchiedes gewahr wer-
den, der in der Verschiebung des erwähnten Da-
tums liegt. Damals waren die Beziehungen
zwischen Preußen und Frankreich der freund-
lichen Art, was Gesehrei „Nache für Sadoma“
naturgemäß nicht vorhanden. Für die absichtliche
Fälschung, welche mit dem Datum des Briefes
jezt vorgenommen worden ist, fällt jeder mildere
Umsand fort, weil dieser Sachverhalt schon 1873
durch die Presse klargelegt wurde und auch das
französische Originalwort „L'Allemagne aux
Tuileries“ die richtige Jahreszahl enthält.

Ueber eine Aenderung der gegenüber
sozialdemokratischen Vorkämpfe wird dem „Berl.
Tagbl.“ aus Braunschweig geschrieben: Die hie-
sige sozialdemokratische Partei hatte vor kurzem
anläßlich eines Konfliktes wegen einer von der
Wolters'schen Hofbrauerei erlassenen Arbeits-
ordnung mit der Verhängung des Boykotts ge-
droht, bei sie schon früher wiederholt mit Erfolg
gegen die genannte Brauerei in Anwendung ge-
bracht hatte. Um nun eine solche Maßregel mög-
lichst wirkungslos zu machen, haben sich jetzt die
sämmlichen hiesigen Bierbrauereien in aller
Stille zu einem Verein zusammengeschlossen.
Droht einem Mitgliede desselben die Verhängung
des Boykotts, so wird zunächst eine Versammlung
einberufen, deren Beratungen streng vertrau-
licher Natur sind und darüber beschloffen, ob die
schwebende Angelegenheit in Güte oder auf dem
Zwangewege zu erledigen ist. Entschidet sich
die Versammlung für letzteres, so hat die be-
troffene Brauerei mit Ausnahme einiger bestimm-
ter Personen sämtliche Arbeiter zu ent-
lassen, und keine andere hiesige Brauerei darf
dieselben während der Dauer des Boykotts wie-
der in Arbeit nehmen. Verstöße gegen diese
Bestimmungen werden mit einer Konventionalstrafe
von zehntausend Mark geahndet, welche Summe
von jedem Mitgliede deponirt werden muß. Die
boykottirte Brauerei erhält für jeden entgangenen
Dezestrier Vier drei Mark ausgezahlt. Das ent-
gangene Bierquantum wird schätzungswise fest-
gestellt. Die Entscheidung fällt jedoch weg, wenn
über sämmliche Brauereien der Boykott verhängt
werden sollte.

Hamburg, 20. Dezember. Die deut-
schen Schnelldampfer, welche in der transatlan-
tischen Fahrt zwischen Europa und Amerika be-
reits den ersten Rang erobert haben und ihn,
allen Anstrengungen der Konkurrenz trotzend, be-
halten, haben auch mit ihrer in neuerer Zeit
eröffneten Mittelmeerlinie einen gelungenen
Wurf gethan. Seit dem Tage, wo die Dampfer
des Norddeutschen Lloyd bzw. der Hamburg-
Amerikanischen Packetfahrt das Mittelmeer in den
Bereich ihrer Thätigkeit gezogen, datiren die
Klagen der englischen, auch der französischen
Linien, welche bisher in den dortigen Gewässern
dominirten, über zunehmende Abwesenheit der
Passagiers- und Eilfrachtbeförderung von ihren
Schiffen. In Gibraltar, wo die englische Pen-
insular und Oriental Line eine Agentur unter-
hält, herrschte unlängst große Freude über die
rasche Fahrt des neuerbauten Dampfers ge-
nannter Linie „Dimalaya“, von Bombay nach Gi-
braltar, in nur 15 1/2 Tagen. Derselbe nahm
aber ein rasches Ende, als eine sachmännliche
Fede: in einem dortigen Blatte nachwies, daß
sein einziger der in der Mittelmeerfahrt ver-
wendeten großen englischen Postdampfer ein
Schnellboot mit den Hamburger oder Bremer
Dampfern aufnehmen könne. Jetzt, wodurch die
neueröffnete Bahnlinie Algeiras-Gibraltar in
direkte Schieneverbindung mit dem Hinterlande
gebracht ist, wollen nun die englischen Gesell-
schaften versuchen, durch vortrefflich kombi-
nirte Eisenbahnanschlüsse wenigstens einen Theil
des Verkehrs nach den Mittelmeerbäfen für ihre
Rechnung festzuhalten.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Der
Verwaltungsrat der Suez-Kanal-Gesellschaft be-
schloß sich in seiner heutigen Sitzung mit der
Frage, ob bei der unvermeidlichen Abwesenheit
zweier seiner Mitglieder die sachungsmäßige Er-
füllung der Obliegenheiten der Gesellschafts-
organe möglich sei. Die Berathung ergab Ein-
müthigkeit darüber, daß die gegenwärtige Lage
der Gesellschaft aufrecht erhalten werden solle.

Italien.
Rom, 20. Dezember. In der Erwartung,
daß die Opposition auf der vom Ministerium ab-
geleiteten parlamentarischen Untersuchung der
Lage der Zettelbanken bestehen würde, war die
Kammer Rath befestigt. Die Gemüther erbigten
sich schon bei der Debatte über mehrere bestrit-
tene Wahlen, während der die Urtheile bedenklich
stiegen. Mit großer Spannung wurde der radikale
Solajanni angehört, welcher die Regierung wegen
der geplanten amtlichen Erhebung über die Lage
der Banken lobte, aber eine parlamentarische Un-
tersuchung forderte, damit über die angezeigte
Solidität der Banken und den bestrittenen Werth
ihres Wechselportefolles Klarheit verbreitet
werde. Solajanni enthielt zahlreiche schwere Un-
regelmäßigkeiten bei der Banca Romana,
sah Widerspruch aber auch Beifall, als er a-
rief, daß weit kleinere Diebe gehängt wer-
den sollten als im entschiedensten Tone, daß

Frankreich.
Wie der „Kreuz-Ztg.“ aus Paris geschrieben
wird, läßt man in den französischen Kreisen, daß
die Panama-Angelegenheit in Rußland nicht ohne
Einfluß auf die Stimmung für Frankreich bleiben
könne. Man sucht deshalb sich Rußland so ge-
fällig wie möglich zu erweisen. Dies ist auch der
Grund, weshalb sich einzelne französische Blätter
in der Beurtheilung der bulgarischen Verfassungs-
änderung russischer geberden, als die russischen
Journale selbst. In erster Reihe steht der
„Temps“, welcher behauptet, daß in Bulgarien
der Konflikt mit Rußland förmlich organisiert
werde und daß, je mehr dies geschieht, desto größer
die Zufriedenheit des Dreieiniges und Oesterreich-
Ungarns mit Bulgarien sei.
Daß jene Stimmen, welche Bedenken wegen
der bulgarischen Verfassungsänderung äußerten,

meist aus Oesterreich-Ungarn stammten, scheint
man also in den französischen publizistischen
Kreisen absichtlich zu ignoriren.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Der
Senat vertagte sich am morgen, um den Bericht
der Kommission, betreffend die Forderung des
Generalprokurators, kennen zu lernen.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Depu-
tirtenkammer. Bei Wiederannahme der Sitzung
sind die Tribünen überfüllt. Es herrscht große
Bewegung. Millierand liest den Bericht, der mit
der Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der
betreffenden Senatoren und Deputirten schließt.
Novier erklärt, er glaube unter den obwaltenden
Umständen ein Geheimniß preisgeben zu müssen,
welches jeder Minister unter gewöhnlichen Um-
ständen beahren werde. Als er sein Portefeuille
abgenommen habe, habe er keine genügenden ge-
heimen Fonds zur Vertheilung der Republik
vorgefunden, er habe daher seine Zustände zu
seinen persönlichen Freunden nehmen müssen;
dann um zu regieren, müsse man Geld haben.
(Wurren.) Das, was er gethan habe, hätten alle
Politiker gethan. (Zwischenrufe.) Er habe dies
nur von der Untersuchungs-Kommission sagen
wollen, allein man habe ihn genöthigt, es vor
der Kammer bekannt zu geben, er könne vor jede
beliebige Gerichtsbefehde treten, er habe nichts
zu fürchten; denn er habe niemals einen persön-
lichen Nutzen weder direkt noch indirekt von
der Gesellschaft gehabt, deren Interesse er niemals
verleidet habe. Der Bericht Millierands wurde
darauf angenommen. — Deroulede wünscht, so-
dann die Regierung zu interpelliren über die
Mißregulirung, welche seitens des Ehrenrates der
Ehrenlegion gegen Cornelius Herz zu treffen seien.
Ministerpräsident Ribot erklärte sich mit der
sofortigen Verprechung der Angelegenheit einver-
standen. Deroulede betonte, daß man Herz un-
möglich die Mitgliedschaft der Ehrenlegion lassen
könne. Herz sei die Hauptpersönlichkeit im Staate gewesen
und habe die Fäden der Regierung in seiner
Hand gehalten. (Lebhafte Protestrufe, Lärm auf
der linken Bank rechts.) Deroulede geht so-
dann zu Angriffen auf Clemenceau über, dessen
Beziehungen zu Herz wohl bekannt seien. (Er-
neuter Widerspruch auf der linken Bank.) Herz
habe den Boulanger'schen Geld angeboten; dieselben
hätten ihn jedoch abgewiesen. Bei den fortgesetzten
Ausfällen Deroulede's gegen Clemenceau, gegen
welche der Kammerpräsident Rouquet vergeblich
Einspruch erhob, steigerte sich der Lärm besonders
auf der äußersten linken Bank. Einige Stimmen be-
gehrten die Auflösung der Kammer.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Depu-
tirtenkammer. Fortsetzung. Deroulede fragt,
aus welchem Grunde Herz dem Journal „Justice“
200,000 Franks überwiesen habe. Clemenceau
erwiderte, der Angriff sei leicht. Er habe keine
geschriebenen Beweise für seine Unschuld. Mein
jetziges Leben als Journalist habe ihm die
Achtung seiner Freunde verschafft. Er werde
nicht auf die Beleidigungen Deroulede's, welche
einer schamlosen Verleumdung gleichkommen, an-
worten, aber er werde ihn persönlich dafür zur
Rechenschaft ziehen. Clemenceau rechtfertigt al-
sdann Herz, welcher Frankreich als Soldat und
als Arzt gebietet habe. Boulanger habe keinen
erheblichen Freund gehabt als Herz. Die Bou-
langer'schen hätten Zwietracht ins Land geschleudert,
indem sie die Deputirten verleumdeten. Cle-
menceau giebt sodann zu, daß das Journal „Justice“
von einer Anzahl Kapitalisten konman dirtet
sei, aber die Angelegenheiten von Cornelius Herz
habe er niemals verteidigt. Clemenceau schließt:
die schmerzliche Beleidigung sei der Vorwurf, daß
er das Vaterland verrathen habe, indem er frem-
den Einfluß auf dasselbe herbeigeführt habe; De-
roulede habe gelogen. (Wiederholter Beifall und
Zurufe auf der äußersten linken Bank.) — Milleoore
verteidigt das Abenden Boulanger's und greift
Clemenceau aufs heftigste an. Er beschuldigt ihn,
mehrere Millionen erhalten und die Preisgebung
Egyptens angerathen zu haben. (Lautes Wurren,
Protestrufe Clemenceau's.) Milleoore fährt fort,
Herz sei dabei der ausländische Komplotte Cle-
menceau's gewesen. Der Justizminister Bour-
geois erklärt, er werde Herz vor das Ehren-
gericht der Ehrenlegion stellen lassen. (Beifall.)
Deroulede giebt darauf die von ihm
beantragte Tagesordnung zurück, da er von der
Erklärung der Regierung befriedigt sei. Damit
ist der Zwischenfall erledigt und die Sitzung wird
aufgehoben.

Deroulede und Milleoore haben wegen des
Zwischenfalles in der Kammer Clemenceau ihre
Zeugen geschickt.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.)
Durch einen anonymen Brief erhielt die Panama-
Untersuchungs-Kommission Kenntniss davon, daß
Diezree die Talons der bekannten Gueds habe
photographiren lassen. Der Polizei-Kommissar
hat alsdann die Photographien beschlagnahmt;
später gestand Diezree, daß er die Talons nicht
verrichtet, sondern dieselben bei einem Notar
hinterlegt habe, bei dem sie auch wirklich vorge-
funden wurden.

Im Auftrage der Kommission wurden heute
Vormittag weitere Papiere in dem Banlhause
Propper mit Beschlag belegt.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Der
Verwaltungsrat der Suez-Kanal-Gesellschaft be-
schloß sich in seiner heutigen Sitzung mit der
Frage, ob bei der unvermeidlichen Abwesenheit
zweier seiner Mitglieder die sachungsmäßige Er-
füllung der Obliegenheiten der Gesellschafts-
organe möglich sei. Die Berathung ergab Ein-
müthigkeit darüber, daß die gegenwärtige Lage
der Gesellschaft aufrecht erhalten werden solle.

